

KLEINE ANFRAGE ZU GROSSEN PROBLEMEN

VON JUDITH DELLHEIM

Ende Februar erhielt die Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag Antwort auf ihre Kleine Anfrage «Bilanz der Krisenpolitik in Griechenland».¹ Die Antworten sprechen für sich. Bevor auf einige näher eingegangen wird, zunächst drei Vorbemerkungen: Erstens zu den sozialen Auswirkungen der Austeritätspolitik 2010–2014, zweitens zu den Privatisierungen, mit denen im Allgemeinen weitere Verschlechterungen der sozialen und demokratischen Standards (Beschäftigung, Arbeitsvergütung, Bedingungen für den Erhalt von Leistungen, Qualität der Leistungen, soziale und demokratische Rechte) verbunden sind. Die dritte Vorbemerkung betrifft ökonomische und Machtgewinne Deutschlands.

Eine kleine Statistik zum 25. Januar 2015, dem Tag, an dem SYRIZA an die Regierung in Griechenland gewählt wurde, illustriert die von der Troika verordneten sozialen Grausamkeiten seit Ausbruch der «Euro-Krise» bzw. der «Griechenlandkrise» im Jahre 2010:

- Eine Million Menschen wurden erwerbslos, das ist eine Steigerung um 190,9 Prozent, 60 Prozent der Jugendlichen sind ohne bezahlte Arbeit; im öffentlichen Sektor konnte eine Arbeitskraft bleiben, wenn zuvor fünf gegangen waren bzw. entlassen wurden,
- das gesetzliche Renteneintrittsalter wurde auf 67 Jahre erhöht,
- 30 Prozent der Unternehmen wurden geschlossen,
- die Einkommen sanken um 38 Prozent, um 45 Prozent die Renten, die Löhne um 23,8 Prozent,
- das Bruttoinlandsprodukt fiel um 25 Prozent,
- die Haushaltseinkommen sind um 30 Prozent geschrumpft,
- die Kindersterblichkeit stieg um 42,8 Prozent, 37 Prozent der Schulkinder leiden unter Ernährungsunsicherheit, 27 Prozent kennen sogar Hunger,
- die Suizidrate explodierte um 272,7 Prozent, täglich geschahen zwei Selbstmorde,
- die öffentlichen Schulden sind um 35,2 Prozent gewachsen,
- die Investitionstätigkeit ist um 84,3 Prozent abgestürzt,
- die Armutsrate ist um 98,2 Prozent gestiegen, 450.000 Familien sind ohne Erwerbperson, mehr als drei Millionen Menschen sind ohne Krankenversicherung, mehr als 20.000 EinwohnerInnen Athens sind auf Suppenküchen angewiesen,
- die Steuerbelastung für Menschen mit mittleren Einkommen hat um 25 Prozent zugenommen,
- die Eigentumssteuer, die sich wesentlich auf Immobilien bezieht, ist um mehr als das Fünffache gestiegen, weshalb 65 Prozent der privaten Haushalte verschuldet sind,²
- der öffentliche Sektor wurde so geschrumpft, dass das Gesundheitswesen weitgehend zusammengebrochen ist, Gesundheitsbetreuung und Pflege wurden für die Meisten unbezahlbar, dringend erforderliche Sozialleistungen können nicht mehr abgesichert werden.

Die Aufzählung kann fortgesetzt werden: Die griechische Menschenrechtsorganisation HLHR hat eine umfangreiche Studie zu Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Austeritätspolitik veröffentlicht.³ Oft haben diese Menschenrechtsverletzungen mit Privatisierungen zu tun.

Eine zentrale Forderung der Gläubiger und der Troika ist die Privatisierung öffentlichen Eigentums. Bis 2020 sollen 50 Milliarden Euro aus Privatisierungen eingenommen werden. Die Privatisierungen verlaufen aber nicht planmäßig und bei Weitem nicht mit dem erhofften Erfolg. Der Vermögensentwicklungsfonds der Republik Griechenland HRADAF wurde am 1. Juli 2011 gegründet, um die mit der Troika vereinbarten Privatisierungen vorzunehmen. Diesem Fonds wurde staatliches Eigentum in Form von realem Vermögen,

¹ Kleine Anfrage «Bilanz der Krisenpolitik in Griechenland», BT-Drucksache 18/3971 vom 5. Februar 2015 bzw. Antwort der Bundesregierung unter BT-Drs. 18/4169.

² <http://www.festival4sce.org/en/the-social-impact-of-austerity-measures-imposed-by-the-troika-in-greece/>.

³ Fidh/HLHR (2014): Downgrading rights: the cost of austerity in Greece, Athens, Paris.

Unternehmensanteilen und Stimmrechten übergebene. Es darf nicht wieder in staatliches bzw. öffentliches Eigentum verwandelt werden. Zum Bestand des Fonds gehören 35 Gebäude, Anteile am Athener Flughafen, an Hellenic Petroleum, an Ellinikon, am Pferderennen, an LARCO und OLP, OLTH, an den Wasser- und Abwasserbetrieben von Athen und Thessaloniki, an den Autobahnen, der Fußballorganisation, an der ALPHA-, der National- und der Piräus-Bank, die Rechte an dem Naturgaslager Südliches Kavala, an der staatlichen Lotterie und der Fußballwette, an 39 regionalen Flughäfen, an Mobile Spectrum und den Mobiltelefon-Frequenzen, die Stimmrechte an der Post und an zehn Häfen.⁴ Damit haben sich die ohnehin arg beschränkten Möglichkeiten, soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklungen gerecht und solidarisch zu gestalten, weiter gravierend verschlechtert.⁵ An den Privatisierungen zu viel zu geringen Preisen sind auch Unternehmen aus Deutschland wie z. B. FRAPORT beteiligt. Sie stärken auf Kosten Griechenlands ihre ökonomischen und wirtschaftspolitischen Positionen. Übrigens gehört auch der Bundeshaushalt zu den Profiteuren der Krise, wie das *Handelsblatt* schon 2012 thematisierte: «Tatsächlich profitiert der Bundeshaushalt massiv von der Euro-Krise, wie Berechnungen ... zeigen: So wird der deutsche Staat für all die Anleihen, die er in den letzten dreieinhalb Jahren ausgegeben hat, nur noch 86 Milliarden Euro Zinskosten zahlen müssen. Lägen die Zinsen dagegen noch immer auf dem Niveau wie zwischen 1999 und 2008, so wären es satte 154 Milliarden gewesen. Deutschland kann also 68 Milliarden einsparen – allein durch niedrigere Zinsen ... Die Zinersparnisse in Milliardenhöhe relativieren auch die bislang ausgezahlten deutschen Hilfen für die Krisenländer deutlich.»⁶ Deutschland hat am meisten durch die Wirtschafts- und Währungsreform gewonnen. Mit den Veränderungen im EU-Recht hat sich die deutsche Regierung durchgesetzt und so haben die Regierungen der Euroländer Rechte und Handlungsmöglichkeiten an die EU-Institutionen delegiert. Das wäre nicht tragisch, wären diese sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung verpflichtet. Aber das Gegenteil ist der Fall.

Der «gute Zweck» der «Hilfen» darf also schon an dieser Stelle in Abrede gestellt werden. Die Antworten auf die Kleine Anfrage bekräftigen dies:

Während privatisiert, der Staatssektor geschleift, die Sozialausgaben gestrichen und gekürzt bzw. drastische «Sparmaßnahmen» realisiert wurden, sind die Staatsschulden gestiegen:

Staatsschulden Griechenlands

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
In Mrd. Euro	301,0	330,3	356,0	356,0	319,1	317,7
in % des BIP zu Markt-preisen	126,8	146,0	171,3	156,9	174,9	176,3

Quelle: EU-Kommission Stand Februar 2015, basierend auf ESVG 2010 (Antwort 2015: 9)

Während das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte, verzeichnete man lediglich bei der Preisstabilität, der «heiligen Kuh» der Wirtschafts- und Währungsunion, Erfolge:

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015*	2016*
BIP nominal in Mrd. Euro	237,4	226,2	207,8	194,2	182,4	180,2	184,3	192,6
ggü. Vorjahr in %	-1,9	-4,7	-8,2	-6,5	-6,1	-1,2	2,3	4,5
BIP real in Mrd. Euro	239,2	226,2	206,2	192,6	185,1	186,9	191,5	198,5
ggü. Vorjahr in %	-4,4	-5,4	-8,9	-6,6	-3,9	1,0	2,5	3,6
BIP-Deflator ggü. Vorjahr in %	2,6	0,8	0,8	0,1	-2,3	-2,2	-0,2	0,9
Preisniveau (HVPI) ggü. Vorjahr in %	1,3	4,7	3,1	1,0	-0,9	-1,4	-0,3	0,7

Quelle: EU-Kommission (* kennzeichnet Winterprognose vom 5.2.2015). (Antwort 2015: 10)

Datengrundlage für 2010 und 2011: EU-Kommission auf Basis ESVG 2010; Stand Februar 2015. Datengrundlagen für 2012ff.: Bericht zur vierten Überprüfung des zweiten Anpassungsprogramms durch die EU-Kommission auf Basis der Programmdefinition vom April 2014. (Antwort 2015: 11)

4 <http://www.hradf.com/en/the-fund>.

5 Eine Übersicht der abgeschlossenen, laufenden und für die nächsten zwölf Monate geplanten Privatisierungen ist zu finden unter: <http://www.hradf.com/en>.

6 Müller-Dröge, Christian (2012): Geldregen für Deutschland – dank Euro-Krise, in: *Handelsblatt*, 14.8.2012, <http://www.handelsblatt.com/politik/oekonomie/wissenswert/niedrige-zinsen-geldregen-fuer-deutschland-dank-euro-krise/6993884.html>

Trotz der dramatischen Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes waren enorme Zinszahlungen zu entrichten:

Zinszahlungen

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
in Mrd. Euro	13,2	15,1	9,7	7,2	8,1	9,6	10,2	10,7	k.A.	k.A.	k.A.
in % des BIP	5,9	7,3	5,0	4,0	4,5	5,1	5,2	5,2	k.A.	k.A.	k.A.

Quelle: Datengrundlage für 2010 und 2011: EU-Kommission auf Basis ESVG 2010; Stand Februar 2015. Datengrundlagen für 2012ff.: Bericht zur vierten Überprüfung des zweiten Anpassungsprogramms durch die EU-Kommission auf Basis der Programmdefinition vom April 2014. (Antwort 2015: 11)

Auch hier profitierte die Bundesrepublik: Über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), eine Anstalt des öffentlichen Rechts, hat der Bund in den Jahren 2010–2014 griechische Zinszahlungen in Höhe von 360 Millionen Euro eingenommen (Antwort 2015: 11).

Die Privatisierungserlöse blieben unter den Erwartungen.

Jahr	Erwartung in Mrd. Euro	Einnahmen in Mrd. Euro
2011	5	1,6
2012	10	0
2013	7	1,0

Quelle: Antwort 2015: 1

Trotzdem erwartet die Europäische Kommission auch in den Jahren 2014 bis 2020 weitere Erlöse aus Privatisierungen:

Jahr	Mrd. Euro
2014	1,5
2015	2,2
2016	3,4
2017	2,9
2018	3,0
2019	3,4
2020	3,6

Quelle: Antwort 2015: 2

Trotz der schwachen Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und der Rückgänge bei den Einkommen haben sich die Steuereinnahmen wesentlich gleichmäßiger entwickelt:

in Mrd.€	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Steuereinnahmen	44,8	44,6	43,4	42,0	43,3	44,4	45,4	46,7
indirekte Steuern	27,3	26,6	24,2	23,5	23,0	23,9	25,1	25,7
direkte Steuern	17,5	18,0	19,2	18,5	20,3	20,5	20,3	21,0

Quelle: Dateien 2010 und 2011: Überprüfungsbericht der Europäischen Kommission vom Dez. 2012; Daten ab 2012: Überprüfungsbericht der Europäischen Kommission vom April 2014 (Antwort 2015: 13)

Die gefallene Kaufkraft zeigt sich in der Entwicklung der indirekten Steuern wie der Mehrwertsteuern:

in Mrd.€	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Mehrwertsteuern	17,4	17,5	15,0	13,8	13,6	14,1	14,9	15,4
Vermögensbezog. Steuern	0,5	0,7	2,9	3,0	3,6	2,7	2,7	2,7
Einkommenssteuer	14,3	14,0	13,3	11,5	13,7	14,0	14,0	14,7

Quelle: Daten 2010 und 2011: IWF 4. Überprüfung vom Juli 2011, Daten ab 2012: IWF 5. Überprüfung vom Juni 2014 (Antwort 2015: 13)

Offenbar ist die relativ gleichmäßige Entwicklung des Steueraufkommens durch die Bewegung der Einkommensteuer und der vermögensbezogenen Steuern erklärbar. Keinesfalls muss das mit mehr Steuergerechtigkeit einhergegangen sein. Allerdings ist für viele die Steuerbelastung gestiegen (siehe oben). Die wachsende Steuerlast, die Einkommensrückgänge und die Entwicklung des BIP erklären dann auch, warum die Einlagen von Unternehmen und Haushalten bei den griechischen Banken stark rückgängig sind und deren Wirtschaftstätigkeit arg beschränken:

Angaben zu den Bankeinlagen in Mrd. Euro:

Jahr	Unternehmen	Haushalte
2010	30,3	174,2
2011	23,0	145,9
2012	20,8	135,4
2013	21,1	135,4
2014	19,9	134,7

Quelle: Antwort 2015: 14

Werden die bisherigen Angaben verdichtet, zeigt sich, dass der Primärsaldo⁷ des Staates, der 2014 ein Plus von 1,7 Prozent erzielte, auf die Steigerung des BIPs, der hohen Steuerbelastung und gesunkene Primärausgaben⁸ zurückgeht:

Zusammensetzung der fiskalischen Anpassung des Staates, in % des BIP

	2010	2014	2010 bis 2014
Einnahmen des Staates	41,0	46,1	5,1
Primärausgaben	46,2	44,4	-1,8
Primärsaldo	-5,2	1,7*	6,9

Quelle: Europäische Kommission, Eigene Berechnungen, *nachrichtlich in Programmdefinition 1,6 (Antwort 2015: 15)

Im Rahmen des ersten Griechenlandprogramms wurden 73 Milliarden Euro ausgezahlt. (Seitens der Eurozone: 52,9 Mrd. Euro, seitens des IWF 20,1 Mrd. Euro). Der Auszahlungsstand des zweiten Anpassungsprogramms wie des aktuellen IWF-Programms gestaltet sich wie folgt:

Programmvolumen (Mrd. Euro)	EFSF	IWF**
Bislang ausgezahlt	141,9	11,8
Verbleibende Programmmittel	2,7*	16,2
Davon noch verfügbar	1,8	16,2
Insgesamt	144,6	28,0

* Davon 0,9 Mrd. Euro PSI Sweetener/Accrued Interest nicht mehr abrufbar. ** Bis Q1/2016. Die Höhe der IWF-Mittel unterliegt Wechselkursschwankungen. (Gesamthöhe 23,8 Mrd. SZR. Bislang ausgezahlte Mittel zum Wechselkurs des Auszahlungsstichtags; verbleibende Mittel zum Wechselkurs 31.12.2014).

Die Verwendung der Mittel dieses Programms zeigt erneut, dass der Begriff «Hilfsprogramm» für die Mehrheit der Bevölkerung zynisch anmuten muss. Bereits beim ersten Griechenlandpaket gingen ca. 80 Prozent an den Finanzsektor und vor allem an die Gläubiger⁹. Die Mittelverwendung des zweiten Paketes lässt wiederum die Not leidende Bevölkerung außen vor.

EFSF-Zahlungen an Griechenland (in Mrd. €)	Bislang ausgezahlt	Gesamtzusage
Privatsektorbeteiligung einschließlich aufgelaufene Zinsen	34,6	35,5
Bankenrekapitalisierung	48,2	48,2
Allgemeine Programmmittel	59	60,8

Quelle: EFSF (Antwort 2015: 19)

Im zweiten Griechenland-Anpassungsprogramm waren folgende Programmmittel für die Tilgung fällig

⁷ Differenz aus den Einnahmen und den Ausgaben des Staates, ohne Zinszahlungen.

⁸ Die Primärausgaben des Staates werden errechnet, indem von den Staatsausgaben die Zinszahlungen subtrahiert werden.

⁹ Vgl. <http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2013/06/17/griechenland-rettung-77-prozent-flossen-in-finanzsektor.html>.

werdender Staatsanleihen konzipiert:

	2012				2013				2014			
Quartal	1	2	3	4	1	2	3	4	1	2	3	4
Mrd. Euro	4,7	3,8	3,1	0	0,7	6,5	2,8	0	1,9	9,3	5,4	0

Quelle: Second Economic Adjustment Programme for Greece. Forth Review - April 2014 (Antwort 2015: 19)

Diese Mittel kamen also wiederum den Gläubigern zugute:

Staatsschulden Ende 2012 in Mrd. Euro

Staatsschulden	307,2
Davon	
- Kredite aus EU	161,3
- Kredite IWF	22,3
- Kurzlaufende Schatzanweisungen	18,4
- Nicht getauschte Anleihen ¹⁰	56,3
- Getauschte Anleihen	29,9
- Weitere Kredite	18,0

Quelle: Antwort 2015: 20

Staatsschulden Ende 2014 in Mrd. Euro

Staatsschulden	318
Davon	
- Eurosystem, nationale Zentralbanken	27
- Bilaterale Kredite aus 1. Griechenlandprogramm	53
- EFSF	142
- IWF	23
- Private Investoren	37
- Übrige Gläubiger	21

Quelle: Antwort 2015: 20

Die EZB hat am Sekundärmarkt¹¹ für 33,9 Milliarden Euro griechische Staatsanleihen gekauft. (Antwort 2015: 8)

An dieser Stelle möchten wir ergänzen: Ende März 2010 entfielen auf die Banken in der EU noch knapp 80 Prozent der insgesamt von ausländischen Banken gehaltenen griechischen Staatsanleihen. Ende 2010 war der Wert auf nur noch gut 50 Prozent gesunken.¹²

Dass die «Hilfen» der «EU-Kernländer» für die «Krisenstaaten» wesentlich dazu dienen, das Vermögen von AnlegerInnen aus Deutschland und anderen «Kernländern» zu sichern, ist mittlerweile mehrfach nachgewiesen worden.¹³ Nachgewiesen war bereits, dass der deutsche Staat wegen seiner Vorteile bei den Refinanzierungskosten für Anleihen sogar zum Krisengewinner wurde. (Siehe dritte Vorbemerkung, S. 6 und FN¹⁴) Nunmehr sind die privaten Investoren wieder mutiger bei Krediten für Griechenland geworden, denn sie sind sich des Schutzes ihrer Staaten sicher.

Einige Anmerkungen

Nicht alles neu: Der Umgang mit Griechenland folgt dem Muster des Umgangs mit den ehemals «sozialistisch» genannten Ländern und dieser dem Umgang mit Entwicklungsländern: Immer werden Arbeitskräfte «verbilligt», der Zugang von transnationalen Konzernen zu den Ressourcen und Märkten des Landes verbessert, die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für transnationale Konzerne verbessert, die Rolle der mächtigsten Finanzmarktakteure gestärkt, die Möglichkeiten sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung weiter verstellt. Das ist nicht verwunderlich, weil die maßgeblich

¹⁰ «Getauschte Anleihen» sind Anleihen in Form von Wertpapieren, die gegen Anleihen in Wertpapieren mit einem besseren Rating getauscht wurden.

¹¹ Markt für sich im Umlauf befindliche Wertpapiere.

¹² Eigene Berechnungen nach statista ID 189878 nach BIZ, FAZ, 7.6.2011, S. 19.

¹³ Schumann, Harald: Staatsgeheimnis Bankenrettung, in: Der Tagesspiegel, 24.2.2013.

¹⁴ Vgl. <http://ifg.rosalux.de/2011/07/22/und-wieder-mal-ein-schuldengipfel>.

handelnden Akteure dieselben sind: die in Europa und global Herrschenden. Und doch ist da etwas neu: die Argumentation mit «Solidarität» und «europäischen Werten», die Stärkung der EU-Institutionen und jener Kapitaloligarchien, die auf eine «Kern-EU» gestützt agieren. Das erfordert mehr trans- und internationales Engagement der Linken und mehr gemeinsame EU-Politik der Linken, um global und in der EU Solidarität von unten zu stiften. Doch zunächst konkreter mit dem Blick auf die Freundinnen und Freunde in Griechenland gerichtet, wäre gezielt nach unseren Gemeinsamkeiten zu fragen. Da geht es insbesondere um Demokratisierung, Grund- und Menschenrechte, nicht zuletzt für Flüchtlinge und MigrantInnen, um öffentliches Eigentum, Verteilungsgerechtigkeit, Korruptionsbekämpfung und um den Umgang mit der Schuldenproblematik. Die Losung «Die Griechen haben gewählt, lasst ihre Regierung Wählerwillen realisieren!» wäre sicher plausibel. Und plausibel wäre es auch, von Deutschland Gerechtigkeit zu verlangen – Stichworte: Reparationen an Griechenland zahlen bzw. griechische Schulden streichen! Damit sollen auch und insbesondere die Bedingungen für eine Regional- und Strukturentwicklung verbessert werden, die sich an den Grundbedürfnissen der Bevölkerung wie an ökologischen Herausforderungen orientiert. Dabei muss dem Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, gegen den Klimawandel und die schwindende Biodiversität das Primat zukommen. Die Menschen in Griechenland brauchen ausreichende und gesunde Ernährung, Sozialleistungen, erneuerbare Energien, eine zuverlässige hochqualitative Wasser- und Abwasserversorgung, ökologische Müllentsorgung und -verwertung, neue Produktionskapazitäten, die neue Lösungen für Energie, Transport/Mobilität, Ernährung und Versorgung, Wohnen und Freizeit, Gesundheit, Bildung und Kultur ermöglichen. Das betrifft nicht zuletzt die EU-Politiken und hier treffen sich die Interessen der EU-BürgerInnen. Der bevorstehende 1. Mai bietet sicher gute Möglichkeiten, um dies zu kommunizieren. Er fällt in die entscheidenden vier Monate, die die griechische Regierung für erfolgreiche Verhandlungen zu einem neuen EU-Programm braucht.

Judith Dellheim ist Referentin für Solidarische Ökonomie am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.